



Neuordnung städtischer Immobilienwirtschaft

„Mit der Gründung des Immobilien-Management Duisburg (IMD) im Jahr 2002 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Duisburg wurden alle immobilien-spezifischen Dienstleistungen in einer Organisationseinheit zusammengefasst. Ein breites Spektrum an verschiedenen Gebäuden muss hier verwaltet und baulich instand gehalten werden: von Schulen, Sporthallen, Theatern und Museen, Büchereien, Kinder- und Jugendeinrichtungen bis zu Feuerwachen und Verwaltungsgebäuden. Dazu zählen auch die haustechnischen Serviceleistungen. Die Planung und Durchführung von städtischen Neu- und Umbaumaßnahmen erfolgen durch das IMD. Darüber hinaus ist das IMD für die Verwaltung und Vermietung der städtischen Objekte im Rahmen des Mieter-Vermieters Verhältnis zuständig“, so steht das vielfältige Aufgabenprofil des IMD auf dessen Internetseite kompakt beschrieben.

Vor dem Hintergrund, dass das bestehende Immobilien-Management Duisburg seit Jahren aufgrund zu komplexer Entscheidungsstrukturen und organisationsbedingter Hemmnisse im Ergebnis leider nicht zufriedenstellend arbeiten konnte, hat der Rat den Oberbürgermeister in der letzten Sitzung vor der Sommerpause am 12. Juni 2023 beauftragt (DS 23-0643), eine Konzeption für die Neuordnung der städtischen Immobilienwirtschaft in Duisburg zu erarbeiten. Mit der Drucksache 23-0643/1 legte die Verwaltung dem Rat der Stadt in einer Sondersitzung am 28. September 2023 eine entsprechende Beschlussvorlage zur Entscheidung vor, die in überarbeiteter Fassung durch einen Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen von SPD und CDU (DS 23-0643/4) letztlich beschlossen wurde.

Dazu Thomas Mahlberg, Fraktionsvorsitzender der CDU-Ratsfraktion: „Wir danken zunächst der Verwaltung, dass sie mit ihrer originären Vorlage den Anstoß ge-

geben hat, die Probleme des städtischen Immobilien-Managements grundlegend anzugehen. Nach intensiven Gesprächen und Diskussionen sind wir allerdings zu dem Schluss gekommen, dass die von der Verwaltung vorgelegte Grobkonzeption zur Neuordnung der städtischen Immobilienwirtschaft ein gangbarer Weg sein soll, um diese effizienter aufzustellen und so den Sanierungsstau der städtischen Immobilien künftig besser in den Griff zu bekommen, dann in der optimierten Variante unseres beschlossenen Änderungsantrags.“

Entgegen der Verwaltungsvorlage werden die operativen Aufgaben des IMD für die



Foto: Logo IMD

städtische Immobilienwirtschaft daher künftig nicht auf die städtischen Tochtergesellschaften, einerseits die Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG (Gebag) für den Bereich Schulen und Schulsportgebäude und andererseits Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD) für alle anderen städtischen Gebäude aufgeteilt, sondern die Wirtschaftsbetriebe werden die Betriebsführung und Geschäftsbesorgung für alle städtischen Immobilien allein übernehmen. Gleichwohl werden Gebag und auch andere städtische Töchter und ihre Dienstleister in die überarbeitete Konzeption mit eingebunden.

„Wir sind uns einig, dass sich Gefahren von Doppelstrukturen und unnötige

Schnittstellen vermeiden lassen, indem es nur einen verantwortlichen Ansprechpartner gibt, der die kaufmännische und technische Leitung `aus einer Hand` übernimmt. Das sorgt unserer Ansicht nach für mehr Transparenz, Effizienz und Kostenoptimierung“, kommentiert Thomas Mahlberg die konzeptionelle Änderung und ergänzt: „Außerdem lässt sich der Transfer von funktionierenden Einheiten aus dem IMD zu einer einzigen neuen Gesellschaft besser bewerkstelligen.“

Nicht zuletzt ist die CDU-Ratsfraktion mit der Entscheidung auch Stimmen aus dem Kreis der IMD-Beschäftigten gefolgt, die sich für einen einzigen betriebsführenden und geschäftsbesorgenden Dienstleister, nämlich die WBD aussprechen. Gleichwohl, so macht es der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende deutlich, „werden die Wirtschaftsbetriebe auch auf die Expertise der Gebag und anderer städtischer Töchter und ihrer Dienstleister zurückgreifen und so die Kompetenzen und Wertschöpfung innerhalb des Konzerns Stadt optimal nutzen.“

Mit der Zustimmung zur Neuordnung der städtischen Immobilienwirtschaft in der Fassung des Änderungsantrags von CDU und SPD ist ebenso das Einsetzen einer auch politisch besetzten Begleitkommission beschlossen worden. Denn mit der nun verabschiedeten Grobkonzeption steht die Neuordnung der städtischen Immobilienwirtschaft erst am Anfang eines langen Prozesses. Dazu Thomas Mahlberg abschließend: „Uns war es sehr wichtig, dass die Politik in den gesamten Transformationsprozess eingebunden und detailliert auf dem Laufenden gehalten wird. Nur so ist auch im Fortlauf über die noch zu erarbeitende Feinkonzeption und die künftige Organisationsgestaltung des operativen Immobilien-Managements unserer Stadt im Rat fundiert zu beraten und zu entscheiden.“

Liebe Duisburgerinnen und Duisburger, liebe Parteifreunde!

Der politische Jahresausklang in Duisburg stand jüngst wieder ganz im Zeichen von Beratung und Verabschiedung des städtischen Haushalts 2024. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen sorgten solides und seriöses Haushalten, kluge, von der CDU-Ratsfraktion entscheidend mitverantwortete Politik sowie steuerliche Mehreinnahmen in 2023 dafür, auch 2024 einen positiven Haushalt aufzustellen, der zudem finanzielle Spielräume für zusätzliche Investitionen ermöglicht.

Die CDU-Ratsfraktion hat den haushalterischen Konsolidierungskurs in Duisburg über die vergangenen Jahre entscheidend mitgetragen und mitgestaltet, der nun einmal mehr Früchte trägt. Ebenso haben wir uns für die Ausgestaltung des kommenden Haushalts verantwortungsvoll zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger politisch eingebracht.

Zusammen mit der SPD konnten zahlreiche gemeinsame Änderungsanträge in die Beratungen zum Haushalt einfließen, sodass auf Grundlage eines guten Haushaltsplanentwurfs, den uns die Stadtkämmerei vorgelegt hatte, am Ende ein noch besserer Haushaltsplan verabschiedet werden konnte.

Wir haben zur Wirtschaftsförderung beispielsweise beschlossen, die Gewerbesteuer

weiter zu senken und die Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen abzuschaffen. Selbstverständlich lag uns auch die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts am Herzen. So werden zusätzliche Gelder für die Bereiche Soziales, Bildung und Jugend zur Verfügung gestellt. Wir beantragten unter anderem die Erhöhung der Mittel für Sprachförderung, Schulsozialarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit, für die PIA-Ausbildungsförderung, die Aktivierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, die Frühen Hilfen und für kostenlose ÖPNV-Fahrten von Schüler/innen zu Lernorten. Ebenso wichtig war uns die zusätzliche finanzielle Unterstützung der vielfältigen Kulturangebote in Duisburg. Hiervon werden nicht nur die großen Institutionen wie das Lehmbruck-Museum und das Stadttheater profitieren, sondern zum Beispiel auch das Projekt Bücherbus, die Künstlerverbände, die Museumsschiffe und auch die Kulturförderer und die Kulturarbeit in den einzelnen Stadtbezirken.

Die Stadtbezirke werden außerdem von einer Erhöhung der Mittel zur Pflege des Ortsbildes und des Budgets des Bezirksbürgermeisters sowie von zusätzlichen Personalmitteln für mehr Sicherheit und Sauberkeit in Parks und an Seen im Stadtgebiet



Thomas Mahlberg
Ratsfraktionsvorsitzender

profitieren. Und nicht zuletzt wollen wir beispielsweise auch dafür sorgen, dass Duisburg an manchen Stellen grüner wird und haben beschlossen, den Bereich Umwelt- und Naturschutz mit mehr Geld auszustatten. Einige dieser Haushaltsposten werden in diesen POSITIONEN näher dargestellt, ebenso die auch von der CDU-Ratsfraktion mitgetragene Entscheidung, das städtische Immobilien-Management neuordnen und transparenter, effizienter sowie kostenoptimierter aufzustellen.

Mit diesen positiven Ausblicken wünsche ich Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Kommentar



Integration und Einwanderungsservice

Das Duisburger Bürger- und Ordnungsamt, insbesondere die Ausländerbehörde, nimmt dank Engagements des zuständigen

Dezernenten für Ordnung und Sicherheit, Michael Rüscher, eine positive Entwicklung. Es wird nicht nur mehr Personal eingestellt und die Digitalisierung vorangetrieben, um die Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen und Dienstleistungen sowie Service zu verbessern, sondern es wird ab dem nächsten Jahr auch eine begrüßenswerte Neustrukturierung des Bürger- und Ordnungsamtes geben. Aus dem Quartett der Abteilungen Bürgeran-

gelegheiten, Straßenverkehrsamt, Ordnungsangelegenheiten und Ausländerbehörde wird letztere ausgegliedert und im Zusammenschluss mit dem Kommunalen Integrationszentrum zu einem neuen „Amt für Integration und Einwanderungsservice“ umgewandelt. Denkt man an die Flucht- und Migrationsbewegungen aufgrund der Krisen dieser Welt sowie die Fachkräfteeinwanderung, werden die Fallzahlen im Bereich der Ausländerangelegenheiten auch in Duisburg eher steigen. Daher muss die Stadtverwaltung entsprechend aufgestellt und der Service verbessert werden. Das wird nun grundlegend und nachhaltig angegangen. **CDU-Ratsherr Josef Wörmann, Vorsitzender des Ausschusses für Ordnungs- und Bürgerangelegenheiten sowie Sprecher im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit**

Herausgeber:
Thomas Mahlberg
Ratsfraktionsvorsitzender

Redaktion:
Thorsten Vermathen
CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Duisburg
Königstr. 7-9, 47051 Duisburg

Telefon: 0203 - 393 87 0
Telefax: 0203 - 393 87 11
e-mail: ratsfraktion@cdu-duisburg.de
www.cdu-fraktion-duisburg.de
Bildnachweis: Archiv



Inhalt

- **Steuern senken und abschaffen**
- **Finanzierung der Schulsozialarbeit**
- **Mehr Sauberkeit und Sicherheit an Seen und in Parks**
- **Neuordnung der städtischen Immobilienwirtschaft**

Steuern senken und abschaffen

Jahrelang wurde die **Gewerbsteuer** in Duisburg erhöht, um die finanzielle Notlage der Stadt durch zusätzliche Steuereinnahmen abzumildern. Die bestehenden Gewerbebetriebe am Wirtschaftsstandort Duisburg wurden dadurch stark belastet und potenzielle Neuansiedlungen zunehmend erschwert. Die Duisburger CDU-Ratsfraktion setzt sich seit Jahren dafür ein, sofern es die städtische Haushaltssituation hergibt, diese Steuern wieder zu senken.

Dazu Thomas Mahlberg, CDU-Ratsfraktionsvorsitzender: „Durch die von der CDU-Ratsfraktion entscheidend mitgetragene solide und seriöse Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren ist Duisburg endlich wieder in der Lage, seine Hebesatzautonomie senkend wahrzunehmen. Die für dieses Jahr beschlossene Gewerbesteuer-senkung um fünf Prozentpunkte war ein erster wichtiger Schritt zur Trendumkehr und noch eher symbolisch zu deuten. Der Gewerbesteuer-Hebesatz in Duisburg liegt mit aktuell 515 Prozentpunkten weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau, von dem wir weiter runter müssen. Für größere Chancen im Wettbewerb und eine prosperierende Wirtschaft in Duisburg brauchen wir niedrigere Gewerbesteuersätze.“

Diese Forderung wurde nun im Rahmen eines erneut ausgeglichenen kommunalen Haushalts 2024 und vor dem Hintergrund zu erwartender überproportional hoher Gewerbesteuererträge in den kommenden Jahren auf gemeinsame Initiative der Fraktionen von CDU und SPD mit großer Mehrheit bei der Haushaltsverabschiedung im Stadtrat beschlossen. Die Gewerbesteuerhebesätze in Duisburg werden im Jahr 2024 und perspektivisch auch im Jahr 2025 um jeweils weitere 10 Prozentpunkte gesenkt. Damit wird der in diesem Jahr beschrittene Weg, Steuern zu senken, wenn es die Haushaltssituation zulässt, konsequent fortgesetzt.

„Mit der Absenkung der Gewerbesteuer senden wir nicht nur ein starkes Signal für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. Die spürbaren Impulse für Investitionen und Wachstum in den Wirtschaftsstandort Duisburg bedeuten auch neue und sichere Arbeitsplätze. Damit leisten wir einen Beitrag zur Sicherung eines Aus-



Mit großer Mehrheit wurde im Rat der Stadt Duisburg am 27. November 2023 die Senkung der Gewerbsteuer und die Abschaffung der Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen beschlossen.

kommens für die Beschäftigten und ihre Familien in unserer Stadt. Nicht zuletzt werden zudem nachhaltig kommunale Mehreinnahmen generiert, die dann wiederum vielen Bürgerinnen und Bürgern Duisburgs zugutekommen. Diesen Weg der Steuerentlastung wollen wir weitergehen“, erklärt Thomas Mahlberg und ergänzt: „Dass die Grünen diese Entscheidung politisch nicht mittragen, stößt auf unser absolutes Unverständnis. Die Senkung der Gewerbsteuer in Duisburg ist für die CDU-Ratsfraktion auch in Zukunft ein ganz zentrales Anliegen.“

Mit großer Mehrheit wurde auch der gemeinsam von CDU und SPD in den Rat eingebrachte Haushaltsantrag beschlossen, der die Abschaffung der **Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen** in Duisburg ab 2024 beschließt. Es gilt Diskotheken, Clubs und gewerbliche Tanzpartys nicht zuletzt auch nach der Krise der Corona-Pandemie finanziell zu entlasten und die Attraktivität des Nachtlebens der Stadt insbesondere auch für jüngere Menschen zu fördern.

„Wir wollen mit der dauerhaften Abschaffung der Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen in Duisburg die Gewerbetreibenden nachhaltig weiter finanziell

entlasten und Planungssicherheit schaffen. Auf der anderen Seite profitieren auch die Besucherinnen und Besucher von einem größeren Veranstaltungsangebot und niedrigeren Veranstaltungspreisen, was am Ende zur Förderung der Attraktivität unserer Stadt beiträgt“, kommentiert Thomas Mahlberg, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion und ergänzt: „Nicht nur die Gastronomie und Veranstaltungsszene in Duisburg wird entlastet. Hinzukommt, dass die gänzliche Abschaffung der Abgabe zum Bürokratieabbau in Duisburg beiträgt, da unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand eingespart werden kann.“ Vergnügungssteuern werden in Duisburg auch in anderen Bereichen erhoben, diese bleiben von dem Beschluss, die Vergnügungssteuern auf Tanzveranstaltungen abzuschaffen, unberührt. „Die regulatorische Wirkung einer Vergnügungssteuer, beispielsweise im Bereich Glücksspiel und Erotik, ist selbstverständlich weiterhin gewollt. Wer Spielapparate mit Gewinnausschüttung vorhält oder Striptease-Vorführungen, Peepshows, Tabledances und Ähnliches veranstaltet, wird selbstredend weiterhin besteuert“, macht der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Thomas Mahlberg abschließend klar.

Finanzierung der Schulsozialarbeit gesichert

„Schulsozialarbeit ist eine freiwillige kommunale Leistung und ein eigenständiges Angebot der Kinder- und Jugendhilfe an der Schule. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche im Prozess des Erwachsenwerdens zu begleiten und ihre Kompetenz zur Lösung von persönlichen und sozialen Problemen zu fördern“, weiß Ratscherr Peter Ibe als schulpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses zu berichten und ergänzt: „Auch die Stadt Duisburg leistet sich dieses sehr wichtige Angebot und wird dabei durch Förderung des Landes NRW unterstützt. Rund 120 Schulsozialarbeiter_innen sind an Duisburger Schulen im Einsatz.“

Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter unterstützen Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern in ihrem Alltag und in ihrer Entwicklung, insbesondere im Lebensraum Schule und helfen, individuelle und soziale Benachteiligung auszugleichen sowie die Persönlichkeitsentwicklung und Berufs-



Peter Ibe, Ratscherr

fähigkeit zu stärken. „In jüngster Zeit führten Personalkostensteigerungen allerdings zu einem erhöhten Förderbedarf auch in Duisburg, den das Land NRW jedoch leider nicht gewillt ist zu decken. Träger der Schulsozialarbeit sahen sich daraufhin gezwungen, Stellen

abzubauen. Insbesondere Grund- und Förderschulen waren betroffen. Die Zukunft der Schulsozialarbeit in Duisburg war damit gefährdet“, macht Peter Ibe deutlich.

Um die Gefahr abzuwenden und die Schulsozialarbeit in Duisburg auch in Zukunft zu sichern, brachten die Fraktionen von CDU und SPD einen gemeinsamen Antrag in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 ein, der letztlich einstimmig im Rat beschlossen wurde. Die Stadt wird mit Eigenmitteln in Höhe von 540.000 Euro einspringen, um die Finanzierungslücke auszugleichen.

Dazu Peter Ibe abschließend: „Uns war es wichtig die auskömmliche Finanzierung der Schulsozialarbeit in Duisburg auch im kommenden Jahr sicherzustellen. Aufgrund der guten Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und entstandenen Spielräumen durch Mehreinnahmen aus den Spielbankabgaben kann eine Kompensation im kommenden Jahr durch den städtischen Haushalt erfolgen.“

Sauberkeit und Sicherheit an Seen und in Parks

Die zahlreichen Parks und Seen im Duisburger Stadtgebiet bieten viele Möglichkeiten der Naherholung. Dies wird allerdings eingetrübt und eingeschränkt, weil es zur Vermüllung und anderen Ordnungswidrigkeiten kommt.

Der Duisburger CDU-Ratscherr Peter Griebeling sieht als Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Ordnungs- und Bürgerangelegenheiten akuten Handlungsbedarf: „Das Problem von unachtsam weggeworfenen Abfällen in der Natur bis hin zum bewussten Abladen von größeren Müllmengen ist in Duisburg leider tagtäglich festzustellen. Insbesondere in den Sommermonaten, wenn sich viele Menschen draußen aufhalten, zum geselligen Beisammensein, Sonnenbaden oder Grillen, häufen sich die Probleme. Ebenso gibt es Parks und Seen in unserer Stadt, deren Besuch man allein und vor allem ab den Abendstunden meidet, weil sich hier Personen und Personengruppen aufhalten, die sich nicht immer an die Spielregeln des friedlichen Zusam-



Peter Griebeling, Ratscherr

menlebens halten und vielen Menschen zumindest ein ungutes Gefühl bereiten.“ Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der Fraktionen von CDU und SPD bei der Haushaltsverabschiedung im Rat der Stadt Duisburg beschlossen, die Mittel für mehr Sauberkeit und Sicherheit

an Duisburger Seen und in Parkanlagen ab dem Jahr 2024 um 150.000 Euro zu erhöhen.

„Wir gehen davon aus, dass es durch die Aufstockung der Mittel insbesondere in den Sommermonaten gelingt, eine Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in unseren Naherholungsgebieten zu erreichen. Zusätzliches Aufsichtspersonal kann zum Einsatz kommen, welches idealerweise von städtischen Tochtergesellschaften zur Verfügung gestellt wird. Die Verstärkung der ordnungsbehördlichen Präsenz erhöht nicht nur die präventive Wirkung, sondern sie ermöglicht auch mehr Verstöße zu verfolgen und zu ahnden. Obendrein wird das Sicherheitsgefühl bei den Besucherinnen und Besuchern der Parks und Seen gestärkt“, so der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion und ergänzt: „Der von der CDU erfolgreich mitgestalteten Haushaltspolitik ist es zu verdanken, dass der Bereich Ordnung und Sicherheit in Duisburg gestärkt werden kann.“